ROTE KOMMENTARE

21.5.70

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, Heidelberg

Verantwortlich für den Inhalt: R. Heß, c/o AStA, Grabengasse 14
Druck: J. Noth, Heidelberg

Die in der Klinik Arbeitenden wehren sich

-Unhaltbare Zustände in den Heidelberger Universitäts-krankenhäusern

Mitte März dieses Jahres demonstrierten Arbeiter im Westberliner Arbeiterviertel Kreuzberg. Der Grund: die Gesundheitsversorgung in Kreuzberg, wie überall in Westberlin und in der BRD schon lange schlecht genug, sollte durch den Abbruch eines Krankenhauses vollends zum Zusammenbrechen gebracht werden. In einer Situation, wo alle Krankenhäuser in Berliner Arbeitervierteln bis zum Bersten überfüllt waren, Patienten unter menschenunwürdigen Bedingungen in Abstellräumen und Fluren lagen, Schwestern und Ärzte, total überlastet, dort kaum das Notwendigste an Versorgung und Pflege leisten konnten, mußte dieses Maßnahme des Berliner Senats zu einem völligen Chaos führen.

Die gemeinsame Parole der Länder und des Bundes in der Gesundheitspolitik heißt "sparen". Man spart an Löhnen (nach dreijähriger Ausbildung und Examen erhält eine Schwester ca. 560.-DM netto), man spart an Planstellen (durch Arbeitszeiten von 46 Wochenstunden und zusätzlich alle 14 Tage Wochenenddienst), man spart an Wäschekosten und Pflegematerial, Essen und Wohnungen für das Personal, an Geräten und Hilfskräften. Die Folgen sind: allgemeiner katasprophaler Schwesternmangel, überlastetes Personal, unzureichende Patientenversorgung.

Kultusminister Hahn prägte dafür das treffende Wort: "Numerus Clausus für Patienten". Er versicherte zwar der Presse und der Öffentlichkeit, "zur Zeit wird eine solche Entscheidung (Schließung von Zimmern oder Stationen. der Verf.), die eindeutig auf Kosten der Kranken gehen würde, nicht in Erwägung gezogen." (HT, 12.5.70) Aber das ist nichts als Augenwischerei, denn es ist längst bekannt, daß mehrere Stationen und Zimmer an den Heidelberger Unikliniken bereits geschlossen sind.

Zwar wird noch jeder Privatpatient mit dickem Geldbeutel sein Zimmer finden, für die Lohnabhängigen aber mit den mageren Kassensätzen, an denen niemand, nicht einmal die Chefärzte, verdienen können, bestehen Wartezeiten von Monaten, selbst bei gefährlichen Krankheiten. Im Winter 69/70, als die Krankenhäuser wegen der Grippewelle vollkommen überbelegt waren und die Kassenpatienten in Badezimmern, Abstellräumen und Gängen lagen, und viele, auch schwere Fälle überhaupt nicht aufgenommen wurden, war für den Privatpatienten immer noch ein Einzelzimmer frei. Auf die Klassenunterschiede und die miserable Versorgung der Lohnabhängigen in der freien Praxis werden wir in einem späteren Artikel zurückkommen.

Diese Klassenunterschiede in der Gesundheitsversorgung dürfen allerdings nicht zu deutlich in das Bewußtsein der Benachteiligten dringen, die Schuld an der jetzigen Misere könnte sonst bei den Richtigen gesucht werden. Deshalb versuchten Klinikchef Linder und Verwaltungsdirektor Ernst auch, die Schuld für den Schwesternmangel den Schwestern selbst in die Schuhe zu schieben, und damit die medizinischen Arbeiter gegen die Arbeiter außerhalb des Krankenhauses und die Öffentlichkeit auszuspielen. Aber die Schwestern spielten diesmal nicht mit.

Der Arbeitskreis Krankenhaus (er besteht aus Schwestern, Pflegern, Medizinalassistenten und Medizinstudenten) rief das Klinikpersonal zu einer Vollversammlung auf. Dabei wurden die wirklichen Gründe für den Schwesternmangel diskutiert. Neben den Folgen der allgemeinen Sparpolitik, die wir oben beschrieben haben, bestehen in Heidelberg besonders unzumutbare Bedingungen: überall fehlt es an Bettwäsche und Geräten, die Betten sind total veraltet. Die Schwestern sind vertraglich verpflichtet, in den Kliniken zu essen und in den Klinikwohnheimen zu wohnen. Dafür müssen sie bezahlen, aber was geboten wird, ist miserabel. Trotz all dieser Mißstände

INHALTSVERZEICHNIS

Die in der Klinik Arbeitenden wehren sich : Unhaltbare Zustände in den Heidelberger Krankenhäusern S.1-3
Betriebsnahe Tarifpolitik der IG Chemie S.3-4
Tarifabschluss im Bergbau S.5
Vermögensbildung in Unternehmerhand S.6-7
Zum Treffen in Kassel:
Kassel und das Geschäft mit dem Osten S.7-8

würden viele Schwestern, die Kinder haben, noch arbeiten, wenn sie während der Arbeitszeit ihre Kinder unterbringen könnten. Aber obwohl die Regierung in Stuttgart genau weiß, daß mit einem Kinderhort zumindest der größte Schwesternmangel behoben werden könnte, erklärte sie sich bisher einfach für nicht zuständig.

Die Vollversammlung verabschiedete folgende Resolution: "Die Vollversammlung des Klinikpersonals der Universitätskliniken Heidelberg fordert die Verwaltungsdirektion auf, die unten aufgeführten Maßnahmen umgehend zu ergreifen, um damit zu verhindern, daß bei dem bestehenden katastrophalen Mangel an Krankenpflegepersonal sich die Arbeitsbedingungen durch weitere Kündigungen zunehmend verschlechtern:

1. Ab sofort Bereitstellung von ausreichendem Pflegematerial für die Stationen.
2. Einrichtung einer Bettenzentrale in der Chirurgie.
3. Einrichtung des Bonsystems für alle in den Kliniken arbeitenden Schwestern, Pfleger, Hilfspersonal.
4. Einrichtung der Kindertagesstätte.
5. Sofortige Einstellung von Hilfskräften für Reinigungsarbeiten auf den Stationen.
6. Renovierung des Schwesternhochhauses I.
7. Unverzüglicher Beginn des Einbaus der Klingelanlage im Hochhaus I.
8. Installierung eines Münzfernsprechers in jedem Hochhaus.
9. Installierung von Universitätstelephonapparaten auf jedem Stockwerk, über die von außerhalb angerufen werden kann.

Die Vollversammlung hat beschlossen, daß die Resolution an die zuständigen Stellen weitergegeben wird mit der Auflage einer detaillierten schriftlichen Stellungnahme innerhalb eines Monats und der Einleitung von befriedigenden Maßnahmen. Die Vollversammlung des Klinikpersonals behält sich gegebenenfalls noch zu beratende Maßnahmen des Arbeitskampfes vor."
Als eine mögliche Maßnahme wurde der "Dienst nach Vorschrift" genannt, d.h.: Konzentration der Arbeit allein auf die Patientenversorgung, Vernachlässigung aller Schreibarbeiten und technischen Arbeiten, die belastend und sehr zeitraubend sind.

Der Krankenhausarbeitskreis und die Projektgruppe Medizin (die sozialistischen Medizinstudenten) haben außerdem Herrn Linder und die anderen Chefärzte aufgefordert, da die Kompetenzstreitigkeiten bezüglich einer Kindertagesstätte in der Nähe der Kinderklinik zwischen Kultusminister Hahn und Ob Zundel erst noch ausgefochten werden müssen, die Finanzierung eines Kindergartens bei der Ludolf - Krehl - Klinik, der in einem Monat eröffnet werden könnte, zu übernehmen. Die Heidelberger Lokalpresse weigerte sich, diese Forderung zu veröffentlichen. Aber die Schwestern wissen, daß die Chefärzte, die riesenhafte Einkommen aus "ihren" Kliniken ziehen (z.B. Linder laut Spiegel 7 Millionen pro Jahr), dieses Geld zum großen Teil aufgrund der Arbeit des Pflegepersonals erhalten, und sie werden darauf bestehen, wenigstens einen Teil davon für den Kindergarten zurückzubekommen.

Die Entschlossenheit der medizinischen Arbeiter, die geschilderten Zustände nicht mehr länger zu ertragen und, wenn es nicht anders geht, mit Kampfmaßnahmen eine Verbesserung nicht nur ihrer eigenen Situation, sondern auch der der Patienten durchzusetzen, hat die ersten Erfolge gezeitigt: Ein paar Tage nach der Vollversammlung war plötzlich genügend Material auf den Stationen, um die Patienten den Erfordernissen gemäß zu versorgen. Hahn hat versprochen, sich mit Zundel zu einigen, wer wofür zuständig ist. Er will sich - zwar nicht als Minister, aber immerhin als Abgeordneter - für die Kliniken verwenden. Wenn solchen Zusagen auch nicht allzuviel Wert beizumessen ist, so werden sich die Herren angesichts der Entschlossenheit des Klinikpersonals überlegen müssen, ob es nicht vielleicht besser für sie ist, wenn sie ihre Versprechen erfüllen.

Was hat man aber davon zu halten, daß Goedecke an Hahn 20.000.-DM zur "Linderung der Not" übergeben hat? Die Heidelberger Presse feierte diese Aktion so, als ob die Misere des Gesundheitswesens auf diese Weise beseitigt werden könnte. Freilich sind die Kapitalisten sehr wohl in der Lage, durch mehr Geld die Gesundheitsversorgung zu verbessern, aber solange sie durch "großzügige Spenden" nur ihr eigenes Ansehen aufpolieren und durch solche Maßnahmen auch noch Steuern sparen, wird sich an diesem Problem nichts ändern. Erst wenn es nicht mehr ihrer Laune überlassen bleibt, ob sie spenden oder nicht, sondern das Geld der Kapitalisten über Steuern eingezogen wird, wird die Finanzierung einer besseren Gesundheitsversorgung gesichert sein.

Beim Besuch von Kultusminister Hahn, der "wegen der von den Schwestern vorgebrachten Beschwerden die Heidelberger Kliniken kurzfristig besuchte", um sich "ein unmittelbares Bild von den Arbeitsbedingungen der Schwestern" zu machen (HT, 9.5.70), beschwerte sich der Personalrat der Kliniken in einer Erklärung beim Kultusminister. Darin heißt es:"Im Personalvertretungsgesetz heißt es: "Dienststelle und Personalrat arbeiten im Rahmen der Gesetze und Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit der Verwaltung zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben und zum Wohl der Bediensteten zusammen." Dies haben wir zu unserem Grundsatz gemacht und waren immer bereit, auf sachlicher Grundlage mit den anderen Gremien zusammenzuarbeiten. In diesen Gesprächen haben wir bereits vor Monaten schon Mängel aufgezeigt, ... Der Personalrat ist die legitime Vertretung der Bediensteten der Klinik und muß mit Bedauern feststellen, daß Sie, sehr geehrter Herr Minister, dem Aufruf einer kleinen Gruppe - deren Forderungen wohl berechtigt sind - gefolgt sind. Kein Angehöriger dieses sogenannten Arbeitskreises hat jemals die jetzt zutage getretenen Probleme mit uns besprochen. Wie Sie ersehen können, war der Personalrat über die verschiedenen Punkte bereits seit längerer Zeit mit den entsprechenden Gremien im Gespräch. . ."

Diese Art von Personalvertretung kennen wohl viele unserer Leser von ihrem eigenen Betriebsrat: die "vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit den Vorgesetzten wird wichtiger genommen als die Zusammenarbeit mit den Kollegen (von den Gesprächen des Personalrats hatte keine Schwester etwas gehört), und wenn die Belegschaft ihre Interessen selbst vertritt, ist er beleidigt, weil er übergangen wurde. Hätte er es ernst gemeint mit der In-

teressenvertretung, dann hätte er doch froh sein müssen über die Unterstützung von der Basis. Die Schwestern und Pfleger werden sich in nächster Zeit mit ihrem Personalrat auseinandersetzen. Der Krankenhausarbeitskreis hatte ihn aufgefordert, Mitte Juni eine Personalversammlung einzuberufen (die erste seit Jahren) und das Personal über seine Aktivität zu informieren. Es wird sich zeigen, ob er zu solch demokratischer Praxis überhaupt noch fähig ist. Auf jeden Fall wird das Personal seine Interessen weiterhin lieber selbst vertreten, als sie in den kompromißlerischen Händen der ÖTV verkommen zu lassen.

Bei dem Kampf der medizinischen Arbeiter geht es nicht nur um deren eigene Interessen, sondern um die des größten Teils der Bevölkerung. Deshalb sollten wir sie dabei nicht allein lassen. Wir fordern Arbeiter und Angestellte auf, ihren Betriebsrat zu einer öffentlichen Solidaritätsadresse an das Klinikpersonal zu veranlassen. Dabei wird sich auch zeigen, ob der Gewerkschaftsklüngel in der Rohrbacherstraße schon so verfilzt ist, daß die Fehler der einen von den anderen nicht mehr kritisiert werden können.

Betriebsnahe Tarifpolitik der IG Chemie

Zum 1.April 1970 wurden in Hessen die Tarifverträge in der chemischen Industrie von der IG-Chemie-Papier-Keramik gekündigt. Zwei Forderungen wurden dabei von der Gewerkschaft zum neu auszuhandelnden Tarifvertrag gestellt. Einmal soll ein Fächentarifvertrag für den Gesamtbezirk der chemischen Industrie in Hessen mit einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 75 Pfennig und einer Erhöhung der Gehälter um durchschnittlich 12,5% (Information der IG Chemie 2/70) abgeschlossen werden. Diese Lohnforderungen orientieren sich offensichtlich an den Zahlen der DGB-Zielprojektion zur mittelfristigen Wirtschaftsplanung 1970/74. Die DGB-Zielprojektion strebt eine gleiche prozentuale Entwicklung von Löhnen und Unternehmerprofiten an. Die IG Chemie in Hessen versucht nun als erste Industriegewerkschaft diese Ziele in die Praxis umzusetzen. Tatsächlich liegen jedoch die Forderungen der IG Chemie unter dieser Lohnleitlinie. Die geforderten Erhöhungen (65 Pfennig bzw. 12,5%) gelten nur für die letzten drei Quartale des Jahres 1970, fallen also für das ganze Jahr berechnet niedriger aus. Hinzu kommt, daß die Profite in der besonders konjunkturbegünstigten chemischen Industrie extrem hoch sind. So beträgt die Dividende für das Geschäftsjahr 1969 der Farbwerke Hoechst 20%, was einer Ausschüttung an die Aktionäre von 3oo Millionen Mark entspricht (Aktionärsbrief der Farbwerke Hoechst, Jan. 1970). Das Lohnangebot der Unternehmer - 8% - nimmt sich in diesem Zusammenhang besonders lächerlich aus.

Neben der Forderung nach Abschluß des Fächentarifvertrags für den gesamten Industriebereich der Chemie in Hessen steht die Forderung nach Abschluß von Firmentarifverträgen in den Schwerpunktbetrieben der chemischen Industrie (z.B. Hoechst AG, Cassella AG, Merck, und Röhm & Haas). Beide Forderungen sind insofern aneinandergekoppelt, als zuerst die Firmentarifverträge durchgesetzt werden sollen, bevor der Fächentarifvertrag abgeschlossen wird. Die juristische Fußangel der Friedenspflicht würde es den Gewerkschaften nicht erlauben, nach Abschluß des Flächentarifvertrags die Firmentarifverträge gegebenenfalls durch Streik durchzusetzen.

Was ist der Grund dafür, daß in den chemischen Schwerpunktbetrieben Firmentarifverträge abgeschlossen werden sollen?

Durch den in der Zeit der Hochkonjunktur gesteigerten Bedarf an Arbeitskräften und dem damit verbundenen Mangel der Ware Arbeitskraft sind die Unternehmer der besonders konjunkturbegünstigten Chemiebetriebe gezwungen, weitaus höhere Löhne zu zahlen, als sie tarifvertraglich vereinbart wurden. Diese Effektivlöhne liegen derzeit teilweise bis zu 50% über dem tarifvertraglich vereinbarten Lohn (FR 15.5.70). Mit der Absicherung der Effektivlöhne in den Betriebstarifverträgen soll verhindert werden, daß die Unternehmer die in der Hochkonjunktur vom Markt erzwungenen Zulagen zu den Tariflöhnen in Krisenzeiten zurücknehmen können. Was die Kürzung der Effektivlöhne für den Unternehmer und die Lohnabhängigen bedeutet, zeigte sich in der Rezession 1966/67: Die Unternehmer konnten in dieser Krise durch Streichung der übertariflichen Zulagen ihre Profite, die an sich hätten fallen müssen, in die Rezession hinüberretten. Die Lohnabhängigen dagegen waren plötzlich in ihrer Existenz gefährdet, da sie ja nicht wie die Kapitalisten in guten Zeiten Rücklagen bilden können, sondern zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts auf die volle Lohnsumme angewiesen sind. Es hatte sich gezeigt, daß die Unternehmer diesen Freiheitsspielraum dazu ausnutzen konnten, die Arbeiter die Folgen der Krise alleine tragen zu lassen. Mit der Absicherung der Effektivlöhne wird nun verhindert, daß die Kapitalisten die Folgen der Krise ohne weiteres auf die Lohnabhängigen abwälzen können. Das ist natürlich ein Vorteil im Vergleich zur bisherigen Situation.

Die Unternehmer werden diese Konsequenz von Firmentarifverträgen sicherlich auch sehen. Deshalb wird ihre künftige Taktik in Firmentarifverhandlungen darauf ausgerichtet sein, die dort zu vereinbarenden Löhne und Gehälter möglichst niedrig zu halten. Und das in günstigen Konjunktursituationen, in denen von den Unternehmern höhere Lohn- und Gehaltszahlungen ohne weiteres zu verkraften wären. Damit, so meinen sie, können sie auch weiterhin ihre Profite in Krisenzeiten erhalten. Um das zu verhindern, ist es notwendig, daß die Gewerkschaften in den zukünftigen Firmentarifverhandlungen die Steigerung der Löhne und Gehälter an die Entwicklung der Profite der einzelnen Betriebe angleichen.

Offen bleibt jedoch, wie die Gewerkschaften das Instrument der betriebsnahen Lohnfindung in Krisenzeiten handhaben wollen. Dazu heißt es in den "Perspektiven, Mitteilungen der IG Chemie-Papier-Keramik", Verwaltungsstelle Darmstadt, April 1970: "Wenn man dann aber die Tariflöhne nicht mehr zahlen kann, muss mann die Bücher auf den Tisch legen. Die Gewerkschaften sind die letzten, die dann nicht mit sich reden lassen, denn sie sind in erster Linie an der Erhaltung der Arbeitsplätze in solchen Zeiten interessiert." Nach dem bisherigen Verhalten der Gewerkschaften muß man damit rechnen, daß sie mit Lohnkürzungen in Krisenzeiten einverstanden sind und sich so als Retter der Unternehmerprofite erweisen. Dadurch würde einmal mehr die Krise auf dem Rücken der Lohnabhängigen ausgetragen! Die Kapitalisten lösen die Krise aus: sie sollen auch die Folgen tragen; d.h. ihre Profite müssen gestrichen werden.

Was aber hat es mit dem Einwand auf sich, die Arbeiter würden mit ihrer Forderung nach Abschluß von Firmentarifverträgen in eine Falle der Kapitalisten geraten, weil sie diesen nun nicht mehr geschlossen im Kampf um höhere Lohnforderungen gegenübertreten?
Dieser Einwand wäre dann berechtigt, wenn das bisher von den Gewerkschaften eingehaltene Prinzip der Tarifeinheit objektiv im Interesse der Arbeiter gewesen wäre. Tatsächlich wurden aber bisher Tarifverträge immer nur mit Rücksicht auf die schwächsten Unternehmen abgeschlossen, es wurden keine Lohnvereinbarungen getroffen, die nicht von diesen hätten verkraftet werden können. Für viele Betriebe hätten weit bessere Löhne erzielt werden können. Das unterblieb, weil die Gewerkschaften sich auf das Argument der Unternehmerverbände einließen, die behaupteten, zur Sicherung der Arbeitsplätze dürfe man gerade die kleinen und mittleren Betriebe nicht mit zu hohen Lohnzahlungen belasten, weil sie sonst nicht mehr existenzfähig wären.
Nun geben aber in den Unternehmerverbänden nicht die kleinen und mittleren Betriebe den Ton an, sondern die großen. Daß die großen vorgeben, die Interessen der kleinen zu vertreten, liegt nicht daran, daß sie besonders um deren Wohl besorgt wären. Gerade durch die Vereinbarung von Minimallöhnen können sie ihren Vorsprung weiter ausbauen, weil sie aufgrund ihrer wesentlich größeren Kapitalakkumulation viel eher imstande sind, Lohnerhöhungen durch die Einführung von Rationalisierungsmethoden aufzufangen, die wieder größere Produktivität, damit mehr Absatz und somit mehr Gewinn ermöglichen.
Dem steht nicht entgegen, daß Großbetriebe tatsächlich höhere Löhne und Gehälter als tarifvertraglich vereinbart zahlen. Dazu sind sie wie schon gesagt, aufgrund der Situation auf dem Arbeitskräftemarkt gezwungen. Da diese Effektivlöhne jedoch bislang nicht tariflich abgesichert waren, konnten sie auch jederzeit, wenn es die Situation zuließ, zurückgenommen werden. Wenn also jetzt die Forderung nach Firmentarifverträgen erhoben wird, so wird nicht erst damit die einheitliche Tarifsituation durchbrochen, sondern die Forderung ist eine Folge der tatsächlich uneinheitlichen Lohnzahlung. Jetzt geht es gerade darum, den Spielraum der Großunternehmer durch diese Forderung einzugrenzen, das aber liegt im Interesse aller Arbeiter. Denn mit dem Abschluß von Firmentarifverträgen wird endlich verhindert, daß der Unternehmer einen geheimnisvollen Schleier über die Höhe der Lohnzahlungen werfen kann. Endlich kann das Prinzip der bisherigen Lohnvereinbarungen umgedreht werden: Die Höhe der Löhne wird sich, statt an der Wirtschaftssituation der kleinen Betriebe, an der der großen Betriebe orientieren. Endlich ist es Schluß damit, daß die Großunternehmer in Tarifverhandlungen Trittbrettfahrer der kleinen Unternehmer sind.

Zu der Aufstellung der Firmentarifverträge sind in den betroffenen Betrieben Werkstarifkommissionen gebildet worden. Diese wurden aus dem Vertrauensleutekörper gewählt. Die Vertrauensleute der Merck OHG in Darmstadt haben in diesem Zusammenhang eine wichtige Forderung erhoben: Demokratisierung der Tarifpolitik. Bisher wurden die Flächentarife von den Gewerkschaftsfunktionären mit den Unternehmern hinter verschlossenen Türen ausgehandelt. Das soll jetzt nach den Forderungen der Vertrauensleute bei Merck anders werden. Zukünftig auszuhandelnde Firmentarifverträge sollen nur noch unter Mitwirkung und Kontrolle der Belegschaft zustande kommen.

Wie reagieren die Unternehmer auf diese Forderungen?

Die Geschäftsleitungen der von der Forderung nach Firmentarifverträgen betroffenen Unternehmen setzten von Anfang an dieser Tarifbewegung entschiedenen Widerstand entgegen. Der Arbeitgeberverband Chemie weigerte sich, überhaupt über Firmentarifverträge zu verhandeln. Und so wurden die ersten beiden Verhandlungsrunden ebenso wie die Verhandlung vor der Landesschlichtung ergebnislos abgebrochen. Am Freitag, den 15.5. sind auch die Verhandlungen im Rahmen der Bundesschlichtung gescheitert soweit sie die Arbeiter betrafen; die IG Chemie Hessen hat nun zur Urabstimmung aufgerufen.
Angesichts des geschlossenen Widerstandsder Unternehmer wird die Forderung nach Firmentarifverträgen, wenn überhaupt, nur durch gewerkschaftlichen Kampf durchgesetzt werden. Die Unternehmer wissen das schon und bereiten sich, entschlossen es auf einen Kampf mit der Gewerkschaft ankommen zu lassen, trotz Friedenspflicht auf den Streik vor. Ein Beispiel dafür, wie die Lohnabhängigen schon vor dem Streik in die Knie gezwungen werden sollen und ihre solidarische Haltung durchbrochen werden soll, geben die Firmen Merck und Röhm & Haas in Darmstadt: sie versuchen schon jetzt durch vermehrte Überstundenarbeit, durch verstärkte Anwerbung von Facharbeitern und Teilzeitarbeitskräften die Produktion über den derzeit notwendigen Rahmen zu heben und sich so einen Produktionsvorrat für den Streik zu horten. (Flugblatt Sozialistische Arbeitergruppen 6.5.70). Die Unternehmer rüsten also zum Arbeitskampf, während die Gewerkschaften sich immer noch an die Friedenspflicht halten.

Die Forderung nach Abschluß von Firmentarifverträgen ist nicht nur für Hessen wichtig, sondern gilt für alle Bundesländer und Industriezweige, weil das Prinzip der Tarifeinheit überall die gleichen negativen Folgen hat. Es gilt daher, die Entwicklung in Hessen aufmerksam zu verfolgen und gegebenenfalls solidarisch zu unterstützen.

Tarifabschluß im Bergbau

Am 10.5. 70 vereinbarte die IG-Bergbau und Energie mit den Unternehmern eine Lohnerhöhung von 7,75% ab 1. Juni 1970. Der Tarifvertrag kann erst nach einem Jahr gekündigt werden. Das bisher gültige Abkommen wurde im Jan. 1970 geschlossen und bestätigte nur das, was schon seit Sept. 69 von den Arbeitern erreicht worden war. Unter dem Druck der westdeutschen Streikbewegung im vergangenen Herbst mußten die Löhne der Bergarbeiter angehoben werden. Die Produktivität je Arbeiter, d.h. die Kohleförderung pro Beschäftigten, war derart stark gestiegen, daß die erhöhte Leistung und der seit Jahren gleichgebliebene Lohn weit auseinander klafften.

Die Arbeiter hatten es satt, daß ihre Löhne ständig hinterherhinkten, und erreichten eine Erhöhung von 15%, wodurch aber noch lange nicht die Produktivitätssteigerung eingeholt wurde. Dieser Zuschlag wurde durch den Druck der Arbeiter selbst erreicht. Die Gewerkschaft hatte sich zuvor an einen langfristigen Tarifvertrag gebunden. Sie verhandelte erst wieder im Jan. 70, holte nichts Zusätzliches heraus, sondern bestätigte eben das nur von den Arbeitern Erreichte. Eine Forderung der Arbeiter aber mußte erfüllt werden: Der Januar-Vertrag hatte eine Kündigungsfrist von 4 Wochen. Diese Möglichkeit zum schnellen Handeln hat die IGBE jetzt wieder fortgeworfen.

Obwohl die Lohnerhöhung im Sept. 69 nur ein Nachholen gegenüber der gestiegenen Produktivität und den erhöhten Gewinnen war, wurden die Kohlepreise im Oktober um durchschnittlich 14,6% erhöht. Einige Tage nach dem jetzigen Tarifabkommen gibt die Ruhrkohle AG, die Bergbaueinheitsgesellschaft im Ruhr gebiet bekannt, daß ab 1. Juni die Preise für Kohle um mehr als 10%, für Koks um 27% steigen werden. Die Preise gelten ab Zeche und heißen: mindestens 40 Pfg. pro Zentner Kohle und DM 1,25 für den Zentner Koks mehr!

Wirtschaftsminister Schiller erzählt, die durch die höheren Löhne ansteigenden Kosten würden voll in den Preisen weitergegeben werden. Auch das "Heidelberger Tageblatt" berichtet am 15.5.:" Der Bergbau hat die kürzlich vereinbarten Lohnverbesserungen in vollem Umfange auf die Preise abgewälzt." Wie "voll" ist nun aber dieser Umfang.?

Bei der Ruhrkohle-AG sollen die Löhne und Gehälter insgesamt (Sept. 69 und Juni 70) um 25% gestiegen sein. Da die Löhne ungefähr die Hälfte des Umsatzes ausmachen, sind also die Gesamtkosten um 12 bis 13% gewachsen. Aber im Okt. 69 sind die Preise doch schon einmal um 14,6% gestiegen, die gesamten Lohnerhöhungen, einsch schließlich der ab Juni, sind also seit Okt. voll gedeckt, bzw. sind 2% Gewinn dabei herausgesprungen. Dabei ist weder die steigende Förderleistung pro Arbeiter berechnet noch der zusätzliche Gewinn seit Oktober, da seit dem die Lohnerhöhungen über die Preise doppelt wieder reingeholt worden sind.

Die jetzigen Preiserhöhungen von 10 bis 27% haben demnach überhaupt nichts mit den Lohnerhöhungen des neuen Tarifvertrags zu tun. Von den 500 Millionen DM Preiswuchergewinn sehen die Bergarbeiter keine Mark oder höchstens dann, wenn sie die Kohlenpreise bezahlen müssen und ihnen das Geld aus der Tasche gezogen wird. Wem kommen dann diese Wuchergewinne zugute?

Die Ruhrkohle-AG ist eine private Einheitsgesellschaft und wurde im August 1969 konstituiert. Die Zechen sind zwar an die Ruhrkohle-AG verkauft worden, aber die alten Zecheneigentümer sind die Aktionäre dieser neuen Ruhrkohle-AG. Der Kaufpreis ist staatlich verbürgt bürgt. Diese Staatsbürgschaft gab den alten Zecheneigentümer die Chanze, die Gruben teuer zu verkaufen und zu dem noch einen großen Teil der Schulden, für die ebenfalls der Staat als Bürge auftritt, loszuwerden. Der Kaufpreis für die Zechen ist den Aktionären also sicher. Wenn die Ruhrkohle-AG rentabel ist und Profit bringt, besitzendie Aktionäre ein Unternehmen, das sich auf Kosten der Staatskasse, d.h. der Steuerzahler gesundgeschrumpft hat. Ist das Unternehmen unrentabel, haben die Aktionäre auf jeden Fall den hohen Verkaufsgewinn der alten Zechen sicher. Verkaufserlös plus Profit ist für diese Aktionäre natürlich das wünschenswerteste.

Die erhöhten Preise sollen einmal Profit bringen, so daß die angestrebte Verkleinerung der Produktion von heute 100 auf angeblich rentable 75 Millionen t Kohle mit Gewinn vor sich geht. Die neuen Kosten werden aber nicht auf alle Abnehmergruppen verteilt. Bisher richtete sich der Kokspreis nach dem für Kokskohle. Darauf wurden 30% für die Umwandlungskosten gerechnet. Künftig lautet dieser Schlüssel für alle Koksorten 1:1,6 . Koks ist also um 60% teuerer als die für seine Herstellung verwendete Kohle. Betroffen von diesem neuen Umrechnungsfaktor wird aber nicht die Stahlindustrie, die zugleich die Aktionäre der Ruhrkohle-AG stellt. Für die Stahlindustrie gelten die staatlich stellt. Für die Stahlindustrie gelten vertraglich gesicherte "Wettbewerbspreise", die nach den Weltmarktnotierungen bestimmt werden. Die Kohle auf dem Weltmarkt wird aber billiger als in Deutschland gehandelt. Die Stahhlindustrie behält ihre niedrigen Kohlepreise, zumal zusätzlich die jetzigen Verträge mit dem Bergbau bis Ende 1970 gelten. Die Aktionäre der Ruhrkohle-AG können sich also die billigen Kohlen selbst zuschieben.

Die Kosten der Kohlekraftwerke werden sich durch die neuen Kokspreise um 300 Millionen DM erhöhen, insgesamt eine Verteuerung um 3/4 Pfg. Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke hat eine Strompreiserhöhung angekündigt. Wenn der Szrompreis um einen Pfennig steigt heißt das bei 11Pfg pro KWh: 9% Steigerung!!

Die Stahlindustrie wird die Kohlenpreise für sich nicht wesentlich erhöhen lassen.

Die Kraftwerke werden die Kosten an die Verbraucher weitergeben.

Woher anders als aus den Taschen der Lohnabhängigen wird die Preiserhöhung bei Kohle bezahlt werden?

Gegen Preiserhöhungen helfen nur Lohnerhöhungen, die nur in den Betrieben durchgesetzt werden können.

Vermögensbildung in Unternehmerhand

Die IG Metall ist mal wieder umgefallen. Vor einem Jahr noch sagte Brenner, dass Tarifverträge mit vermögenswirksamen Leistungen nicht in Frage kämen, da sie "tendentiell die tarifpolitische Handlungsfreiheit der Gewerkschaften verengen und dies letztlich den Interessen der Arbeitnehmer schade". Mit der Begründung, dass die gerade vereinbarte "Vermögensbildung" eine zusätzliche Leistung sei, die nicht auf spätere Lohnerhöhungen angerechnet würde, versucht die IGM ihren Umfall zu kaschieren. In der Tat haben die Gewerkschaften ihre tarifpolitische Handlungsfreiheit schon lange freiwillig und Ohne die Mitglieder zu fragen eingeengt, als sie der Konzertierten Aktion beitraten. Die IG Metall hat sich darüber hinaus völlig an die Wirtschaftspolitik der SPD-Regierung verkauft, wie dieser letzte Tarifvertrag wieder beweist. Mit vermögenswirksamen Leistungen, die der Arbeiter nie auf der Hand sieht, versucht sie die Lohnforderungen in den Betrieben abzuwehren und zu verhindern, dass die Arbeiter jetzt, bei der für sie günstigen Arbeitsmarktlage, höhere Löhne durchsetzen. Die IG-Metall handelt so nicht mehr im Interesse der Arbeiter sondern nur noch aus der Angst, die Arbeiter könnten selbständig etwas unternehmen.
Mit dem jüngsten Tarifvertrag hat die IG-Metall einen weiteren Schritt in Richtung Lohnabbau getan und setzt die Politik des Lohnstops, die seit der Krise von 1967 zu einem realen Lohnverlust führte, fort. Dies muss erklärt werden, denn zunächst scheint es so, als ob die Arbeiter und Angestellten mehr Lohn, wenn auch nicht auf die Hand, erhielten.

1. Die tariflich vereinbarten vermögenswirksamen Leistungen werden entgegen den Versicherungen der IGM auf künftige Lohnerhöhungen angerechnet. Die 2,4%, die diese Leistungen an der Brutto-Lohn- und Gehaltsumme ausmachen, und die nicht einmal den Preisanstieg abdecken, gehen bei den Tarifverhandlungen im September dem verfügbaren Einkommen verloren.
Der Unternehmervertreter von Gesamtmetall van Hüllen dazu: "Mancher Unternehmer wird kritisieren, dass der kostenmässige Zusammenhang mit den im Herbst anstehenden Tarifverhandlungen verloren gehen könnte. Diesen Befürchtungen möchte ich mit aller Entschiedenheit entgegentreten... An uns Unternehmern wird es liegen, diesen sachlichen Zusammenhang im Herbst herzustellen und durchzusetzen." Die IGM wird auch in diesem Punkt nachgeben. Eine Anrechnung der "Vermögensbildung" auf die Löhne können nur die Arbeiter selbst verhindern.

2. Über diese "Vermögensbildung" können die Arbeiter nicht verfügen. Die Unternehmer aber verfügen durch Bankkredite über die gesparte Gesamtsumme und können diese für Investitionen verwenden, um ihr Vermögen zu vergrössern. Für den einzelnen Arbeiter ein winziger Betrag, der nichts an seiner Vermögenslage ändert, stellen die bei den Banken gesammelten Beträge für die Unternehmer einen gewaltigen Investitionsfonds dar. Warum können denn die Arbeiter nicht freiwillig nach dem 312 DM-Gesetz sparen, indem man ihnen die Beträge auf die Hand gibt? Doch wohl deshalb, weil nur wenige diese Form des Sparens für günstig halten. In der Bundestagsdebatte sind die Interessen der Unternehmer am 312 DM-Gesetz klar ausgesprochen worden. Burgbacher (CDU): "Wir wollen dadurch, dass Teile des Lohns gespart und dem Kapitalmarkt zugeführt werden..."

3. Die "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" dient dazu, den einzelnen Arbeit an den Betrieb zu binden und ihn den Interessen der Kapitalisten zu verpflichten. Um ihn an einen Betrieb zu binden, wurde in den Tarifvertrag aufgenommen, dass man die 312 DM nur erhält, wenn man mindestens sechs Monate in dem Betrieb beschäftigt ist. Wechselt ein Arbeiter den Betrieb, so erhält er sechs Monate nichts, obwohl er das gleiche schaffen muss.
Die Verpflichtung auf den Kapitalismus stellen sich die Unternehmer folgendermassen vor. Prof. Engels auf dem Wirtschaftstag der CDU: "Der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit soll also in die Brust jedes einzelnen gelegt und dadurch als sozialer Konflikt beseitigt werden." Das heisst für den Arbeiter, er soll für den Teil seines Lohnes, den er in Form von "Vermögensbildung" erhält, die Angst des Kapitalisten um Zins und Profit teilen, für den anderen Teil, den er auf die Hand bekommt, soll er die Angst um den Arbeitsplatz mit den Lohnabhängigen teilen, aber keine hohen Lohnforderungen stellen, da ja dadurch Zins und Profit geringer werden könnte. Von dieser Schizophrenie erhoffen sich die Unternehmer, dass sie die Solidarität der Arbeiter untereinander wirksam verhindert. Der SPD-Unternehmer, Phillip Rosenthal, erhofft sich einen "Wettkampf" der Arbeiter untereinander, sowie "verbesserte Arbeitsmoral" und einen "niedrigen Krankenstand". Diese Hoffnungen der Unternehmer scheitern aber schon an der Höhe des "vermögensbildenden" Lohnanteils und an der Zwangsform des Sparens.

4. Mit dem Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen schliesst sich die IG Metall der reaktionärsten Möglichkeit von Wirtschafts- und Sozialpolitik an, die im Kapitalismus möglich ist und die derzeit von der SPD-FDP-Regierung betrieben wird. Die Inflation soll gebremst werden durch Senkung des Einkommens und des Konsums der Arbeiterhaushalte.
Diese Politik heisst, dass in der Krise die Löhne gesenkt werden, um durch Steigerung der Profite die Wirtschaft anzukurbeln, und dass in der Hochkonjunktur die Löhne gesenkt werden, damit die Preise weniger steigen. Nachweislich ist die Preisinflation aber verursacht durch die überhöhten Profite, die die Unternehmer zu immer weiteren Investitionen treiben. Darin sind sich selbst die bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstitute einig. Was an Konsumartikeln teurer geworden ist, wurde nicht teuerer durch die zu hohen Löhne und zu hohen Konsumausgaben der Arbeiterhaushalte, sondern durch die Preispolitik der Bundesregierung. Die stärksten Preissteigerungen erfahren die Ausgaben für Miete, weil die Bundesregierung die Mietpreise frei gegeben hat, bevor ausreichend

Wohnraum vorhanden ist. Des weiteren die Agrarprodukte, die um über die Hälfte billiger sein könnten, wenn die Bundesregierung nicht das unproduktive Kleinbauerntum subventionieren würde und dies zudem in einer Weise, die die Grossbauern am meisten begünstigt. So bleiben die Kleinbauern, die nicht billig produzieren können und die Grossbauern, die billig produzieren können, verkaufen zu Preisen, die weit über dem europäischen Niveau liegen. Die Preissteigerung für Hausbrandkoks ist ebenfalss Ergebnis der Politik der Bundesregierung. (siehe Artikel in diesem Roten Komm.) Da der Konsum und nicht die Investitionen der Unternehmer durch die Politik der Bundesregierung gebremst werden soll, wird die nächste Krise mit grossen Schritten vorwärtsgetrieben.

Die Unternehmer investieren zuviel. Überkapazität und Überproduktion werden die Folge sein. Entlassungen und Kurzarbeit folgen. Die IG Metall macht so Krisenpolitik auf Kosten der Löhne, und Vermögenspolitik für die Vermögensbildung in Unternehmerhand.

Herbert van Hüllen, der Verhandlungsleiter von Gesamtmetall kann zufrieden sein. Die IGM hat nicht einmal durch gesetzt, dass die Sparbeträge bei der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft angelegt werden müssen. Dies kann den Arbeitern allerdings egal sein, denn die Bank für Gemeinwirtschaft, die die Gewerkschaftsbeträge hortet, ist eine kapitalistische Bank wie jede andere und keine Streikkasse. Die einzig sinnvolle Funktion des Arbeitersparens, nämlich die Bildung von Streikrücklagen, wird weder durch die Gewerkschaftsbeiträge noch durch die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" erfüllt.

Da die IGM die "Vermögenstarifpolitik" auch betreibt, um Streiks zu verhindern, kann man dies auch nicht erwarten.

Zum Treffen in Kassel

Kassel und das Geschäft mit dem Osten

Wenn Bundeskanzler Brandt von "menschlichen Erleichterungen" spricht, um die er mit der DDR verhandeln will, dann hat er die Gründe nicht benannt, die ihn an den Verhandlungstisch bringen. Vielleicht wird ein Ergebnis der Verhandlungen sein, dass die Verlobte aus Zwickau ihren Verlobten in Dortmund besuchen kann, aber deshalb ist Brandt nicht nach Erfurt gereist.

Das "Geschäft mit dem Osten" ist einer der Hauptgründe, die die SPD-FDP-Regierung an den Verhandlungstisch mit der Sowjetunion, mit Polen und der DDR bringt. Die CDU war unfähig, diesen Schritt zu tun, der ihr jegliche Glaubwürdigkeit genommen hätte nach jahrzehntelanger Politik des Antikommunismus. An dieser Politik des Antikommunismus war aber auch die SPD massgeblich beteiligt, und man sollte sich nicht täuschen lassen, sie hat diese Politik mit der "Neuen Ostpolitik" nicht grundsätzlich revidiert. Sie ist aber dabei, diese Politik auf realistischere Basis zu stellen. Realistisch ist für die SPD das Interesse des Kapitals. Wenn sie Reformen verspricht, dann keine die an diesen Interessen vorbeigehen.

Zwei Gründe zwingen die Bundesregierung heute zu einer Veränderung der Ostpolitik. Erstens ist die Politik des offen aggressiven Antikommunismus in Widerspruch geraten zu der Politik der Machtabsprache zwischen USA und Sowjetunion. Die neuen Hauptfeinde sind China und die revolutionären Befreiungsbewegungen in der "dritten Welt". Die alte Politik gegenüber dem "Ostblock" hatte auch nicht zu einer Wiedereroberung der "verlorenen Gebiete" geführt. Die neue Politik versucht nun statt des offenen Angriffs die Aufweichung des "ostblocks" durch zweiseitige Wirtschaftsbeziehungen und Ausnutzung der nationalen Widersprüche zwischen den sozialistischen Ländern. Im Falle der CSSR hatte diese Strategie zu einem Erfolg geführt. Durch die gewaltsame Lösung der nationalen Widersprüche durch die Sowjetunion, sind die Widersprüche offen zutage getreten, und hat die Sowjetunion zwar keinen Machtverlust so doch einen Verlust an Glaubwürdigkeit ihrer sozialistischen Ziele verloren. Ein weiteres Ziel der Politik der Aufweichung ist nicht gelungen. Es war nämlich geplant, die DDR bei den zweiseitigen Wirtschaftsbeziehungen herauszuhalten und innerhalb des Ostblocks zu isolieren. Dies ist gescheitert am Einfluss der DDR innerhalb des sozialistischen Lagers. Die neue Ostpolitik führt nicht an einer Anerkennung der DDR vorbei.

Ein weiterer Grund für die "Neue Ostpolitik" hängt eng mit dem ersten einer neuen antikommunistischen Strategie zusammen. Die zweiseitigen Wirtschaftsbeziehungen werden nicht nur aus strategischen sondern auch aus unmittelbar wirtschaftlichen Interessen des Kapitals gefördert. Das Interesse des Kapitals am Ostgeschäft erklärt sich zunächst ganz allgemein aus dem Interesse die Märkte auszudehnen. Dass ein grosser Teil der Welt sich vo m Kapitalismus gelöst hat, hat auch die Expansionsmöglichkeiten des Kapitals beträchtlich eingeschränkt. Neben der Ausplünderung der "Dritten Welt" hat sich seit dem 2. Weltkrieg erwiesen, dass der Austausch mit den voll entwickelten Ländern die grösseren Expansionsmöglichkeiten bietet. Gerade die starke wirtschaftliche Entwicklung der sozialistischen Länder macht diese für die Expansion des Kapitals interessant. Die starke Ausdehnung des Austausches innerhalb der kapitalistischen Länder nach dem Kriege gerät besonders seit den immer offeneren Krisen seit Mitte der sechziger Jahre an ihre Grenzen. Das Ostgeschäft, das auf festen Verträgen basiert, ist demgegenüber krisensicher.

Die Krise von 1967 in der Bundesrepublik konnte durch eine starke Ankurbelung der Exporte auf Kosten der Löhne überwunden werden. Überwunden wurde die Krise damit nur für die Profite der Unternehmer, die Lohnentwicklung ging seitdem bergab, wie wir in mehreren Artikeln gezeigt haben. Das Kapital muss damit rechnen, dass eine künftige Krise zusammenfällt mit Krisen in den anderen kapitalistischen

Ländern. Das heisst, dass eine künftige Krise nur schwer durch Exporte in andere kapitalistische Länder überwunden werden kann. Das Ostgeschäft bietet für diesen Fall die Sicherung der Profite durch Export in die krisensicheren sozialistischen Länder.

Grundsätzlich sind die sozialistischen Länder an einer Erweiterung Erweiterung ihres Aussenhandels interessiert, da die Produktion auf hohem technischem Niveau sich nicht in nationalen Grössenordnungen realisieren lässt. Dies gilt vor allem für die kleinen, hochentwickelten sozialistischen Länder (DDR, CSSR aber auch Polen und Ungarn) Die Sowjetunion umfasst hingegen ein so grosses Wirtschaftsterritorium, dass sie ihre Produktion auch auf die eigenen Märkte beschränken könnte. Ihr Exportanteil macht ähnlich wie bei der USA nur ca, 5% des Sozialprodukts aus. Das Interesse der Sowjetunion liegt demnach in der Einfuhr von technischem Wissen und hochentwickelten Produktionsanlagen und Produkten, die ein höheres technisches Niveau haben, als ihre eigenen. So erklärt sich die Einfuhr von ganzen Fabriken aus Italien „der Bundesrebublik und sogar USA daraus, dass die Sowjetunion in ihren einzelnen Branchen unterschiedlich entwickelt ist. Auch von den anderen sozialistischen Ländern erhält die Sowjetunion technisch hochentwickelte Produkte meist im Austausch gegen Rohstoffe aber auch gegen Überlassung von Patenten eigener Entwicklung.
Rohstofffliefernde Länder sind auch die weniger entwickelten kleinen Länder wie Rumänien und Bulgarien. In den letzten Jahren haben sie aber auch einige Produktionszweige so entwickelt, dass sie einige technisch entwickelte Produkte exportieren können. Bei ihnen aber wie bei der Sowjetunion spielt der Aussenhandel nicht die zentrale Rolle ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Aus dem Westhandel versprechen sie sich einen zusätzlichen Vorteil für ihre Entwicklung.

Schwierig ist die Lage der hochentwickelten kleinen Länder, vor allem der DDR und der CSSR. Sie sind gänzlich angewiesen auf den Austausch nicht nur mit den Rohstoffländern, sondern je mehr sich ihre Produktivität entwickelt mit anderen hochentwickelten Ländern. Sie sind angewiesen auf eine internationale Arbeitsteilung, die es ihnen ermöglicht, sich zu spezialisieren und in grossen Mengen hochwertige Güter zu produzieren. Das unterschiedliche Entwicklungshiveau innerhalb des sozialistischen Lagers aber setzt der internationalen Arbeitsteilung Grenzen, wenn nicht die Sowjetunion ihren Aussenhandel beträchtlich vergrössert und sich voll eingliedert in die sozialistische internationale Arbeitsteilung, wozu sie auf Grund ihrer eigenen grossen Märkte aber nicht gezwungen ist. Weil die Sowjetunion aber nicht auf diese Arbeitsteilung angewiesen ist, haben einige sozialistische Länder selbst Bedenken, sich gänzlich an die Sowjetunion zu binden. Die Sowjetunion hat auf Grund ihrer wirtschaftlichen Machtstellung grössere Möglichkeiten, sich Vorteile aus dem Austausch mit den kleinen sozialistischen Ländern zu verschaffen.

Diese Schwierigkeiten führten zu zwei Positionen, die in den Planungsabteilungen und kommunistischen Parteien der einzelnen Länder unterschiedlich stark vertreten werden.

Nationale Widersprüche im sozialistischen Lager

Die eine Position wurde vor allem von den Planern des Dubchek-Sozialismus in der CSSR vertreten, aber auch unter etwas anderen Bedingungen von der KP Rumäniens. Sie lautet so: Die internationale sozialistische Arbeitsteilung lässt sich unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht wesentlich verbessern. Es ist deshalb notwendig, dass die sozialistischen Staaten eine weitgehende Unabhängigkeit erhalten, um sich in den kapitalistischen Weltmarkt eingliedern zu können. Nur die Eingliederung in den kapitalistischen Weltmarkt ermöglicht eine Angleichung der nationalen nationalen sozialistischen Wirtschaft an das technische Niveau der westlichen Länder.
Die andere Position wurde am konsequentesten von der DDR vertreten.: Nur eine gemeinsame Planung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung sei in der Lage, einerseits die Unterschiede im sozialistischen Lager selbst auszugleichen und gleichzeitig den Anschluss an das Niveau der westlichen Technik und Produktivität zu erreichen. Langfristig sei eine solche Planung den kapitalistischen Austauschverhältnissen überlegen, die ungeplant verlaufen, zur Benachteiligung der weniger entwickelten Länder führen und auf Grund der kapitalistischen Konkurrenz die Produktivkräfte nur uneinheitlich und nur zu Gunsten der grössten Monopole entwickeln können. Insbesondere biete der Kapitalismus keine Möglichkeit, Technik und Wissenschaft uneingeschränkt zum Wohle der Menschheit zu entwickeln. Im Kapitalismus fliessen die meisten Beträge für Wissenschaft und Technik in den Rüstungssektor, was wir bestätigen können.

Dem Anspruch nach ist die Position der DDR natürlich die konsequent sozialistische. Durchführbar ist sie nur, wenn die Sowjetunion mitzieht, worauf die DDR allerdings sich verlässt, während andere sozialistische Länder eine weniger eindeutige Haltung einnehmen. So erscheint der Widerspruch zwischen der Sowjetunion und den kleinen sozialistischen Ländern als Widerspruch zwischen den kleinen selbst, die zu unterschiedlichen Positionen gelangen. Sicher ist jedenfalls, dass die Position des Dubcheksozialismus völlig auf die Vorteile der sozialistischen Arbeitsteilung verzichtete und in ihrer Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt tendentiell dem Kapitalismus im eigenen Lande ein Tor öffnete. Dieser Opportunismus der Dubcheksozialisten muss aber erklärt werden aus den Widersprüchen im sozialistischen Lager selbst, wie wir es versucht haben.
Dass die sozialistische internationale Arbeitsteilung der richtige Weg ist, beweist der wirtschaftliche Aufschwung gerade der rückständigsten sozialistischen Länder Rumänien und Bulgarien, deren Entwicklung ausserordentlich vorteilhaft gegenüber vergleichbaren kapitalistischen Ländern wie Spanien, Portugal und Griechenland erscheint.
Das Eingehen der DDR und der Sowjetunion auf Verhandlungen mit dem Westen weist aber daraufhin, dass die internationale sozialistische Arbeitsteilung einer Ergänzung des Westhandels bedarf, die allerdings von den sozialistischen Ländern gemeinsam geplant und kontrolliert werden soll. Die Widersprüche im sozialistischen Lager sind damit nicht beseitigt.